

SCHWEIZ

SP-DELEGIERTENVERSAMMLUNG

SP will Milizarmee abschaffen

Eine Schweiz ohne Armee bleibt für die SP eine Vision. Vorerst will die Partei aber die Milizarmee abschaffen und eine Freiwilligentruppe mit 15 000 Zeitsoldaten und 45 000 Reservisten einführen.

Nur eine Woche nach der Ablehnung der Armeeabschaffungs-Initiative, zu der die SP Stimmfreigabe beschlossen hatte, befasste sich die Partei erneut mit der Armee. In Winterthur kam am Samstag ein neues Militärkonzept zur Diskussion, das bereits Ende Juli von der Parteispitze präsentiert worden war. Dieses verlangt eine Abkehr von der Wehrpflicht. Der Armeebestand soll auf 15 000 Zeitsoldaten und eine Reserve von 45 000 Personen gesenkt werden. Die Soldatinnen und Soldaten sollen sich freiwillig und arbeitsvertraglich für eine Dauer von drei, fünf oder sieben Jahren zur Verfügung stellen. Danach sollen sie wieder einen zivilen Beruf ergreifen. Eine ständige Berufsarmee lehnt die SP ab.

20 Milliarden weniger

Auch die Zivilschutz-Dienstpflicht soll abgeschafft werden. Argumentiert wurde, dass die Wehrpflicht heute zu fünf- bis sechsfach zu hohen Beständen führe. Gewaltkonflikten und terroristischen Bedrohungen soll mit polizeilichen Mitteln begegnet werden. Diese Armeeform darf laut SP-Papier jährlich höchstens 2,5 Milliarden Franken kosten. Die Lohnkosten sollen die Hälfte dieser Summe ausmachen. Der Bedarf an Ausrüstung und Ressourcen leite sich aus dem Auftrag und der Einsatzdoktrin ab, heisst es im Thesenpapier. Wer keinen grossen Krieg in Europa erwarte und einen hohen Mechanisierungsgrad ablehne, könne grosse Ein-

sparungen erzielen. Die SP rechnet in ihrem Papier vor, dass die 30-Mrd.-Einkaufsliste des Bundesrats für die kommenden 15 Jahre um 20 Milliarden reduziert werden könnte.

Kritik am Vorschlag

Nicht bei allen Delegierten stiess das Thesenpapier zur Friedens- und Sicherheitspolitik auf Gehör. Der Solothurner Nationalrat Boris Banga kritisierte den Vorschlag. Mit einer solchen Forderung würde sich die SP aus der aktuellen Diskussion um die Armeeform XXI verabschieden. Bei einer Berufsarmee besteh-

die Gefahr eines Staats im Staat. Er wolle keine «Rambo-Truppe», die wegen fehlender Bedrohung für Polizeieinsätze eingesetzt werden könnte, warnte Banga, Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrats. Sein Streichungsantrag scheiterte jedoch klar.

Die Tessiner Delegierten warfen der Parteileitung ihrerseits vor, dass die Partei die Forderung nach einer Armeeabschaffung mit diesem Thesenpapier aufgeben. Nationalrätin Barbara Haering (ZH) beteuerte, die SP habe nach wie vor eine Vision einer Schweiz ohne Armee. Das

Papier halte fest, dass die SP der Notwendigkeit einer Armee immer noch kritisch gegenüberstehe und statt einer Armee mehr zivile Friedensförderung verlange.

Ja zu UNO-Beitritt

Die Forderung nach verstärkter ziviler Friedensförderung wurde durch die Ja-Parole zur Abstimmung über die von SP-Kreisen lancierte Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur UNO» bestätigt. Der Entscheid fiel praktisch einstimmig aus; nur drei Delegierte aus der Romandie enthielten sich der Stimme. Bundespräsident Moritz

Leuenberger sagte vor den Genossen, die Ereignisse der vergangenen Monate hätten deutlich gemacht, dass man sich allein mit militärischen Mitteln vor Hass und Fanatismus nicht ausreichend schützen könne. Wichtig sei, die Ursachen von Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Gewalt zu beseitigen. Und das gelinge ausserhalb der UNO kaum noch. Ebenfalls mit klarer Mehrheit beschlossen die SP-Delegierten die Ja-Parole zur Volksinitiative «für eine kürzere Arbeitszeit». Über beide Vorlagen wird am 3. März 2002 abgestimmt. *sda/ap*



153 zu 18 Stimmen – ein eindeutiges Resultat: Die SP-Delegierten wollen an Stelle der heutigen Milizarmee eine Freiwilligentruppe mit 15 000 Zeitsoldaten und 45 000 Reservisten. *BILD KEYSTONE*

«Ein ernst zu nehmender Beitrag»

Für den Berner Politologen Andreas Ladner steht das SP-Militärkonzept nicht völlig quer in der Landschaft. Es sei Aufgabe einer Partei, über die Alltagspolitik hinaus, Ideen und Modelle zu entwickeln.

◆ Interview: Karin Burkhalter

Ist das Armeepapier der SP ein wirklich ernst zu nehmender Beitrag in der aktuellen Diskussion über Armee XXI?

Andreas Ladner: Die Vorschläge sind meiner Meinung nach ein durchaus ernst zu nehmender Beitrag. Das Papier steht – verglichen mit Reformen in andern Ländern – auch nicht völlig quer in der Landschaft. Und man kann von der SP nicht ein Armeekonzept erwarten, welches von andern Parteien mit Freuden aufgenommen wird.

Letztes Wochenende haben die Stimmberechtigten aber grossmehrheitlich Ja gesagt zu einer Armee, wie sie sich jetzt präsentiert. Vergraut die SP nun nicht die Wählerschaft?

Die Stimmberechtigten haben sich gegen die Abschaffung der Armee ausgesprochen, nicht aber über deren Form. Es kommt

zudem darauf an, wie man den sicherheitspolitischen Beitrag der SP gewichtet. Sie macht einen Vorschlag, der über die aktuelle Diskussion hinausgeht. Ein Auftrag der Parteien ist nicht zuletzt auch, Modelle für eine längere Zeitperspektive zu entwickeln. Eine Partei wäre schlecht beraten, wenn sie sich nur auf die Alltagspolitik stützen würde.

Die SVP stellt sich ebenfalls gegen die Armee XXI. Wie schätzen Sie die Folgen für die SP ein, wenn sie mit der SVP eine unheilige Allianz eingetht?

Die Forderungen der SP und die der SVP liegen in dieser Frage diametral auseinander. Und die unterschiedlichen Gründe gegen die vorliegende Armeeform lassen sich vermitteln.

Stellt der Abschied vom Milizsystem eine Nagelprobe für die SP dar?

Heikel ist dieser Punkt schon. Denn in der SP gibt es ein gewisses Unbehagen gegenüber einer Berufsarmee. Als Vorteil der Milizarmee wird deren demokratische Kontrollierbarkeit betrachtet. Es gibt ja auch SP-Leute, die im Militär Karriere machen. Sie sollen Garant dafür sein, dass sich die Armee nicht irgendwann



Andreas Ladner, *BILD A. BLATTER* Politologe an der Uni Bern.

einmal gegen die Arbeiterschaft richtet. So zumindest lautet die klassische Argumentation.

Die Sicherheitspolitik ist nicht der einzige Bereich, wo sich die SP in letzter Zeit ins Abseits gestellt hat. Gibt es überhaupt noch Themen, wo die SP sich als Leaderin profilieren könnte?

Dass sich die SP nicht behaupten kann, lässt sich nicht auf die Themen reduzieren. Es scheint einfach nach wie vor nicht mit der Organisation und den Exponenten nicht zu klappen. Die SP hat noch keine Linie gefunden, um sich geschickt einbringen zu können. Es gibt keinen Konsens darüber, wie und in welche Richtung sich die Partei bewegen soll. Und wer diese Richtung tragen soll. Die Exponenten äussern

sich ganz unterschiedlich. Das ist nicht negativ, wenn jemand da ist, der das Ganze zusammenhält. Doch eine aktiv präsente und integrative Parteileitung fehlt. Heute weiss man nie, ob eine persönliche Meinung auch die SP-Meinung widerspiegelt.

Was halten Sie von der These, die vergangenen guten Wirtschaftsjahre hätten es der SP schwer gemacht, sich zu profilieren?

Umgekehrt würde es ja heissen, die SP gewinne in schlechten Wirtschaftsjahren dazu. In den rezessiven 90er-Jahren hat aber vor allem die SVP zugelegt. Die SP hat lediglich die an die Grünen verlorenen Stimmen zurückgeholt.

Es macht sich eine Skepsis gegen die Liberalisierung und die Wirtschaft allgemein breit. Die Chance für die SP wäre jetzt eigentlich gekommen.

Die Bereitschaft, der Wirtschaft kritischer auf die Finger zu schauen, ist da. Man anerkennt die Notwendigkeit des Staates. Die Frage ist, wie die SP mit den Signalen umgeht. Sie könnte selbstgefällig mit den Worten reagieren: «Wir haben es ja immer gesagt. Die andere Position wäre: «Vom Markt haben wir nie Wunder erwartet, er

macht aber in gewissen Bereichen Sinn.» Wenn sich die SP an die zweite Position halten würde, müsste sie das Primat der Politik auf fortschrittliche Weise umsetzen.

Die zweite Variante ist die Erfolg versprechendere?

Ich denke, es wäre schlecht, würde sich die SP wieder in die Schützengräben zurückziehen. Die SP müsste mit der Unterstützung eines breiteren Kreises einen Weg finden, die Politik stärker einzubinden. In den Bereichen, wo eine Liberalisierung nicht zu umgehen ist oder Sinn macht, müsste sie sich jedoch öffnen.

In zwei Jahren sind Wahlen, was muss die SP tun, um wieder wählerstärkste Partei zu werden?

Die SP müsste sich zuerst einmal entscheiden, ob sie überhaupt wählerstärkste Partei werden will. Wenn sie wachsen will, muss sie sich gegen die Mitte öffnen. Und diese Möglichkeit hätte sie, denn der CVP und FDP gelingt es zurzeit nicht, sich in diese Richtung zu bewegen. Die SP könnte auf 35 Prozent anwachsen. Doch eine Wachstumsstrategie lässt sich im Moment nicht ausmachen, eher das Gegenteil ist der Fall. ◆

TARMED

Chirurgen bleiben hart

Die Vereinigung der invasiv und operativ tätigen Ärzteschaft (FMS) lehnt den neuen Arzt- und Spitaltarif ab.

Dieser sei ein Flickwerk, das die Sicherheit der Patienten gefährde, teilte die FMS nach einem Treffen der Präsidenten der in ihr vereinigten Fachgesellschaften mit. Für die Ablehnung seien nicht in erster Linie die finanziellen Auswirkungen, sondern Verschlechterungen bei der Versorgung der Patienten verantwortlich. In der vorliegenden Form gefährde Tarmed die Sicherheit der Patienten. Ein Tarif, bei dem die Versicherungen bestimmten, ob bei einer Operation eine Assistenz gebraucht werde, dürfe von keinem Arzt akzeptiert werden. Auch dass der Entscheid, wie lange ein Patient nach einer Operation auf welcher Station überwacht werden dürfe, bei den Kassen liege, sei nicht annehmbar. Die FMS kritisierte auch, dass der Tarmed unter strengster Geheimhaltung zu Stande gekommen sei. Die Datengrundlagen und Berechnungsmodelle sollten publik gemacht werden, wurde gefordert. Mit rund 6 000 Mitgliedern vertritt die FMS rund einen Fünftel der Schweizer Ärzteschaft.

Die FMH-Ärztammer soll am Donnerstag den neuen Arzt- und Spitaltarif (TarMed) absegnen. Weil die Angelegenheit von Bedeutung ist, dürfte die Basis das letzte Wort haben. Nach der Abstimmung der 200 Delegierten wird das Zentralkomitee vorschlagen, auch die 29 000 FMH-Mitglieder zu befragen. Sollte die Basis den Tarif nicht billigen, wird sich die FMH vom TarMed-Vertrag 1.1 zurückziehen, den sie nach 15-jährigen Verhandlungen im August unterschrieben hat. Die drei Vertragspartner haben den Vertrag bereits ratifiziert oder wollen dies noch tun. Ohne die FMH ist er jedoch nichtig. *ap/sda*

IN KÜRZE

Fagan wird wieder aktiv
Der US-Anwalt Ed Fagan scheut keine Mühen im Kampf gegen die schweizerischen und europäischen Banken, die einst die Apartheid unterstützten. Am Wochenende liess er in der südafrikanischen Presse Aufrufe zur Teilnahme an Sammelklagen publizieren. *sda*

Angriff auf Statistikamt
Die israelische Armee hat das mit Schweizer Hilfe aufgebaute Statistische Amt von Palästina in Ramallah besetzt und teilweise zerstört. Dies teilt das Bundesamt für Statistik mit. Israelische Soldaten hätten Akten, Erhebungen und verschiedene palästinensische Untersuchungen sowie Dokumente der Finanzabteilung konfisziert. *sda*

Dreierticket nominiert
Die Waadtländer SP hat ihre drei Kandidierenden für die Staatsratswahlen vom März 2002 nominiert. Nebst der Bisherigen Francine Jeannerette treten Verfassungspräsidentin Anne-Catherine Lyon und Nationalrat Pierre Chiffelle als Kampfkandidaten an. In die Wahlen zieht die SP mit den Grünen, die den Sitz ihres Staatsrates Philippe Biéler verteidigen wollen. *sda*